

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 114-118, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-0, Telex: 25655 uno d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Wolfgang Müller, Satz: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

6/86

16. Juni

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschluß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Knappe Entscheidung um das höchste Amt

Professor Daxner zum Präsidenten gewählt

Der Osnabrücker Hochschuldidaktiker Professor Dr. Michael Daxner ist am 11. Juni vom 91köpfigen Konzil der Universität Oldenburg im 3. Wahlgang mit 46 Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt worden. Damit setzte er sich gegen den amtierenden Präsidenten Dr. Horst Zilleßen durch, auf den 44 Stimmen fielen. Daxner wurde im Konzil von der Linken Liste, der ÖTV und den studentischen Vertretern unterstützt. Zilleßen hatte die größte Professorengruppe Demokratische Hochschule (DH) und den sozialdemokratisch orientierten Arbeitskreis Hochschulpolitik (AKH) auf seiner Seite. Daxner, für sechs Jahre gewählt, wird voraussichtlich sein Amt am 1. Oktober antreten.

In einer ersten Stellungnahme sagte Daxner, er freue sich außerordentlich

Michael Daxner



Professor Dr. Michael Daxner (38) studierte nach der Reifeprüfung am Bundesgymnasium in Baden bei Wien und nach dem Dienst im Österreichischen Bundesheer in Wien und Freiburg Pädagogik, Anglistik, Sozialwissenschaften und Philosophie. 1972 promovierte der Österreicher mit einer Arbeit über „Utopische Pädagogik“ in Freiburg. Schon während dieser Zeit war Daxner in den neu geschaffenen Abteilung „Planung und Statistik“ des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) tätig, bei dieser Tätigkeit stand die Reform der Strukturen der Wissenschaftsverwaltung im Vordergrund. Ebenfalls 1972 wurde er Mitglied der Kommission für Hochschulplanung beim BMWF und Vertreter in einem OECD-Projekt in Paris sowie einem Europaratprojekt in Straßburg.

1974 nahm Daxner einen Ruf auf eine Professur für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück an. In der Zeit von 1978 bis 1983 war er Vertreter des DGB in der Ständigen Kommission für die Studienreform in Niedersachsen. Nach einem Forschungsaufenthalt in den USA wurde Daxner als Sachverständiger bei der Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft zur 3. Novelle zum Hochschulrahmen gesetz (HRG) tätig. Im gleichen Jahr wählte ihn der Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaft der Universität Osnabrück zum Dekan.

über seine Wahl. Auch wenn sie sehr knapp ausgegangen sei, werte er sie nicht als Ausdruck einer Polarisierung innerhalb der Universität. Das habe der Wahlkampf gezeigt, der ungewöhnlich unaggressiv verlaufen sei und darauf schließen lasse, daß die Kooperation mit allen Statusgruppen und Fraktionen keine Probleme verursachen werde. Gleichzeitig betonte Daxner auch seine Kooperationsabsichten gegenüber der Region. Es sei keine Frage, daß die Universität der Unterstützung der Region bedürfe. Hier sei in den letzten Jahren viel geleistet worden, und er gedenke, diesen Kurs fortzusetzen. Gerade im Hinblick auf die Zukunft der Neugründungen und kleinerer Universitäten sei eine solche Politik angesichts sinkender Studentenzahlen von außerordentlicher Bedeutung. Allerdings bedürfe es gleichzeitig innerhalb der Universität großer Anstrengungen und eines hohen kreativen Vermögens, Lehre und Forschung attraktiv zu erhalten und das Studienangebot zu erweitern. Wörtlich sagte der designierte Präsident: „Auf keinen Fall darf Stagnation eintreten. Es wäre schön, wenn produktive Ruhe oder Unruhe erhalten bliebe bzw. entstünde.“

Der amtierende Präsident Dr. Horst Zilleßen zeigte sich von der Wahl betroffen. Nach den Gründen befragt, meinte er, nachgetragen werde ihm sicherlich der Abbruch der Einweihungsveranstaltung in Wechloy. Außerdem werde ihm vorgeworfen, gegenüber der Verwaltung nicht genügend durchgegriffen zu haben. Aber der Hauptgrund sei wohl, daß er den Linken nicht links genug sei. Gleichwohl betonte Zilleßen, er glaube, daß Daxner, dem er politisch gar nicht so fern stehe, von ihm eingeleitete Politik fortsetzen werde. Dabei komme es entscheidend darauf an, daß er die Zustimmung der Professoren mehrheit in der Universität und der Regionalvertreter erhält. Soweit es ihm möglich sei, werde er ihn bei diesen Bemühungen unterstützen. Die Universität dürfe sich nicht in eine „linke Ecke“ stellen lassen und müsse sich ein wissenschaftlich unangreifbares Potential schaffen.

Bedeutet hat die DH in einer Pressemitteilung die Entscheidung des Konzils. Der neue Präsident, so ließ sie verlauten, werde sich an den hohen Maßstäben messen lassen müssen, die Zilleßen gesetzt habe.

Erstmals Frau in der Uni-Leitung

Mit Dr. Ilse Dröge-Modelmog, Privatdozentin im Fach Soziologie, hat das Konzil zum erstenmal eine Frau in die Universitätsleitung gewählt. Die Wissenschaftlerin, die der Linken Liste angehört, setzte sich dabei gegen den Politologen Dr. Herbert Uppendahl durch, der in einem ersten Wahlgang 56 Stimmen erhielt und 2. Vizepräsident wurde. Dr. Ilse Dröge-Modelmog studierte in Münster Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Germanistik und Philosophie. Nach ihrer Promotion an der dortigen Universität wurde sie Assistentin des Programmdirektors beim Westdeutschen Rundfunk in Köln. 1973 wechselte sie als Akademische Rätin an die Universität Oldenburg über, wo sie sich 1979 habilitierte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Soziologische Theorie und die Frauenforschung.

Professor Dr. Herbert Uppendahl (42) studierte Englisch, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Münster, Marburg, Freiburg und Bristol (England). Er legte 1970 das erste und 1971 das zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. 1971 bis 1978 war Uppendahl Akademischer Rat in Münster. Mit einer theoretischen Arbeit über den britischen Parlamentarismus promovierte er 1975 an der Universität Freiburg im Fach Politikwissenschaften. 1980 folgte die Habilitation über die englische Kommunalreform. 1981 wurde Uppendahl an die Universität Erlangen-Nürnberg für das Fach Politikwissenschaften berufen. Ein Jahr später folgte er einem Ruf an die Universität Oldenburg. Uppendahls Forschungsschwerpunkte sind Verwaltungskontrolle in Kanada, die lokale Politik in England und die Politikdidaktik. 1985/86 war er Dekan.



Studentenzahl im SS '86 konstant

Mit 580 Einschreibungen in das erste Fachsemester lag die Anzahl der Studienanfänger an der Universität Oldenburg im Sommersemester 1986 erheblich über der des Sommersemesters 1985. Den starken Zulauf verbuchten dabei die Studiengänge Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre. Hier schrieben sich 190 Studienanfänger ein. Im Vorjahr waren es lediglich 90. Die Ursache für die stark gestiegene Zahl ist sicherlich darin zu sehen, daß für die Studienrichtung Ökonomie ab Wintersemester 1986/87 ein Numerus Clausus gilt. Die Gesamtzahl der an der Universität eingeschriebenen Studenten wird mit ca. 9200 konstant bleiben.

Kein Verzicht auf Numerus clausus in Ökonomie

In einem Brief an den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst hat die Universität zu Zulassungsbeschränkungen im Studienjahr 1986/87 für das Fach Wirtschaftswissenschaften geäußert. Sie bedauert außerordentlich, daß es nicht möglich sei, dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Überlastmittel zur Verfügung zu stellen. Es sei weder dem Fachbereich noch der Universität insgesamt möglich, durch Umschichtung von Ressourcen zusätzliche Aufnahmekapazität bereitzustellen. Aufgrund der Gesamtablastung bestehe hier kein Spielraum. In dieser Situation, so Präsident Dr. Horst Zilleßen, sehe ich meinerseits keine Möglichkeit, auf Zulassungsbeschränkungen in den Studiengängen Diplom-Ökonomie und Magister Wirtschaftswissenschaften zu verzichten.“

Zur Kooperation mit Behörden bereit

Für eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und Forschungseinrichtungen bei der Bewältigung von Umweltproblemen, in denen der Rat von Wissenschaftlern gefragt sei, hat sich der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, ausgesprochen. Nach dem Unglück von Tschernobyl habe sich gezeigt, daß Handlungsbedarf besteht, den Informationsaustausch zwischen Behörden und Forschungseinrichtungen besser zu organisieren. Gleichzeitig betonte Zilleßen, die Universität Oldenburg sei im Interesse der Bevölkerung zu jeder Zeit zu dieser Zusammenarbeit bereit.

Zilleßen reagierte damit auf Vorwürfe des Niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten, der Fachbereich Physik, der von sich aus bestrebt ist am 2. Mai mit Messungen der Radioaktivität begonnen habe, habe sich nicht kooperativ verhalten. In einem Schreiben an Minister Hasselmann stellte er klar, daß die Oldenburger Physiker dem Ministerium ihre Meßdaten ohne Einschränkung zur Verfügung gestellt hätten. Dies sei zwischen dem 2. und 4. Mai durch Übermittlung der Daten an das Ministerium geschehen. Anschließend habe das Ministerium die Meßwerte selbst abgefragt. Darüber hinaus seien weder an ihn selbst noch an den Fachbereich Physik weitere Wünsche auf Kooperation herangetragen worden.

Zilleßen bat deshalb in seinem Schreiben Hasselmann, die aus seinem Haus geäußerte Kritik zurückzunehmen oder aber seine Vorwürfe zu konkretisieren. Es sei für die Arbeitsgruppe im Fachbereich Physik kaum erträglich, wenn ihre mit großem Engagement geleistete Arbeit

ins Gegenteil gekehrt würde. Man dürfe nicht vergessen, daß es Mitglieder der Arbeitsgruppe gewesen seien, die die Behörden dazu gedrängt hätten, rechtzeitig Empfehlungen zum Verhalten im Freien und zum Verzicht auf Verzehr bestimmter Nahrungsmittel an die Bevölkerung herauszugeben.



Wachsmann-Preis für Wiedemann

Aus den Händen von Dr. Eberhard Stalljohann, dem Vorsitzenden der Oldenburger Universitätsgesellschaft, nahm am 11. Juni der Musikwissenschaftler Dr. Herbert Wiedemann den 1981 gestifteten Gerhard-Wachsmann-Preis für den wissenschaftlichen Nachwuchs entgegen. Der Ausschuß für die Vergabe des Preises hatte sich einstimmig für die Dissertation von Wiedemann „Klavierspiel und das rechte Gehirn“ entschieden. In dieser Dissertation kommt Wiedemann zu neuen Konzepten einer Klavierdidaktik, „die“, wie es in einer Erklärung der Universitätsgesellschaft heißt, „die rechte Hemisphere des Schülers aktivieren und stärken und auf diese Weise das Übergewicht der linken neutralisieren“. Der herkömmliche Klavierunterricht vernachlässige die ebenso wichtige rechte Hälfte.

Unkonventionelle Lösungen haben eine Chance

Fachtagung über neue Wege der regionalen Energieversorgung in der Universität

Energiefachleute aus Versorgungsunternehmen, Planungsbehörden und Wissenschaft trafen sich am 6. Juni zur Fachtagung über „Neu Wege der regionalen/kommunalen Energieversorgung“ in der Universität Oldenburg. Rund 50 Teilnehmer folgten der Einladung der Arbeitsgemeinschaft Energieplanung und Systemanalyse (AGEP) im Institut für Politikwissenschaftlehre und der Arbeitsstelle Dialog, um neue Konzeptionen der Energieversorgung zu erörtern und eine Bestandsaufnahme der konkreten Projekte „alternativer Energien“ zu liefern.

In Grundsatzreferaten stellten die Oldenburger Professoren Dr. Wolfgang Ströbel und Dr. Wolfgang Pfaffenberger die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen für die Energieversorgung in der Bundesrepublik dar. Ströbel führte dabei aus, daß in Zeiten eines wieder niedrigeren Ölpreises die Neigung

wachsen könne, das Energiethema als nebensächlich abzutun. Mit einer marktwirtschaftlichen Interpretation der Ölpreisentwicklung zwischen 1973 und 1980 sowie des Preissturzes seit Ende 1985 mache er deutlich, daß die augenblickliche Situation mit niedrigem Ölpreis eher Ausdruck von Marktstrukturveränderungen sei, die stärkere Preisschwankungen nach unten und oben wahrscheinlich machen. Je stärker der Ölpreis in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre abstürze, desto stärker werde er in den neuzeitigen Jahren wieder ansteigen. Die jetzige Ölpreissituation entlaste die deutsche Volkswirtschaft um jährlich rund 20 Milliarden Mark. Dieser Vorteil sollte nach Ströbele zumindest zu einem großen Teil investiv für langfristig wirkende Investitionen verwendet werden, wobei eine Ölsteuer für eine begrenzte Zeit mit klarer Zweckbindung helfen könne.

Am Beispiel der Elektrizitätswirtschaft diskutiert Wolfgang Pfaffenberger die wirtschaftlichen Fragen, die sich für die Versorgungsunternehmen auf den unterschiedlichen regionalen Ebenen stellen. Ein ökonomisch effizienter Stromtarif müßte, so Pfaffenberger, aus klareren Kenngrößen zu Leistungs- und Arbeitsinanspruchnahme abgeleitet sein. Als erste Annäherung an einen Idealtarif könnte durchaus ein durchgehend linearer Tarif resultieren. Die in der Vergangenheit rückläufige Fremdeinspeisung von Strom in das öffentliche Netz durch industrielle Eigenerzeuger könnte reaktiviert werden, wenn eine Stromvergütung sich an den eingesparten Kosten für neue Kraftwerke orientierte.

horizonte zu beurteilen sei. Orientierungen an kurzfristigen Ölpreisschwankungen nach oben und unten seien nicht nützlich. In Bremen werde deshalb zur Zeit der Ausbau der Fernwärme im Südosten der Stadt vorangetrieben, so daß Industriekunden und Wohnsiedlungen, die teilweise mit Öl geheizt haben, energiesparend und umweltfreundlich mit Wärme versorgt werden könnten. In seinem Bericht zeigte der Vertreter der Energieversorgung Weser-Ems (EWE), Wermann, die Perspektiven unkonventioneller Lösungen zur Energiegewinnung auf, die derzeit in Pilotprojekten bei der EWE erprobt werden. Dabei habe sich die Nutzung von Mülldeponiegasung als wirtschaftlich herausgestellt, wenn die Deponen entsprechend aufbereitet würden und aufeinander abgestimmt seien. Windenergianlagen seien demgegenüber für die Energieversorgung in der Weser-Ems-Region weniger

ger sinnvoll. Dies schließe jedoch nicht aus, daß sie in anderen geographischen Bereichen zum Beispiel im Passatgürtel wirtschaftlich und sinnvoll einzusetzen seien.

Der Referent der Gas- und Elektrizitätswerke Wilhelmshaven, Grom, berichtete über Erfahrungen mit Blockheizkraftwerken in Wilhelmshaven. Dort liefere bei einer elektrischen Leistung von 1,1 MW ein gasbetriebenes Blockheizwerk Strom für das öffentliche Netz und Wärme für ein großes Krankenhaus. Die Besonderheiten von Blockheizkraftwerken, die für kleine und mittlere Wärmepotentiale interessant sein könnten, erfordern für jedes Projekt jedoch eine genaue Analyse der Wärme- und Stromeinspeisung. Im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren seien die Gas- und Elektrizitätswerke Wilhelmshaven bereit, neue Wege auszusuchen.

Tschernobyl

Ein Fachbereich verläßt den Elfenbeinturm

Der morgendliche Blick auf die Wetterkarte am Freitag, dem 25.1986, machte deutlich, daß die radioaktive Wolke aus dem sowjetischen Unfallreaktor bei Tschernobyl im Laufe des Tages auch die Region um Oldenburg erreichen würde. Eine erste Kontaktaufnahme mit dem für Niedersachsen zuständigen Ministerium für Bundesangelegenheiten am Vormittag ergab, daß zu diesem Zeitpunkt in Hannover noch keine Radioaktivitäts-Daten für den Nordwesten Niedersachsens vorlagen. Wir, d.h. die Radioaktivitätsmeßstelle des Fachbereichs Physik der Universität Oldenburg, kündigten an, daß wir eigene Meßdaten unverzüglich nach Hannover weiterleiten würden.

Einige Kollegen aus dem Fachbereich Physik organisierten nachmittags eine erste Informationsveranstaltung in Wechloy, in der vor etwa 200 Interessierten über den vermeintlichen Unfallablauf und die zu erwartende radioaktive Belastung berichtet wurde. Parallel dazu wurde die Oldenburger Luft ständig auf ihren radioaktiven Gehalt untersucht.

Gegen 17.00 Uhr lagen die ersten alarmierenden Ergebnisse vor. Die Gesamtaktivität in der Luft betrug etwa 60 Becquerel (Bq) pro Kubikmeter, der Normalwert liegt für Oldenburg bei ca. 1 bis 5 Bq/cbm. Doch nicht nur quantitativ, auch qualitativ hatte sich die Luftbelastung verändert. Radioaktive Isotope, die in der Natur nicht vorkommen, wurden teilweise in erheblichen Mengen festgestellt. Jod-131, Tellur-132, Jod-132, Cäsium-134, Cäsium-137, Rutherfordium-103, Ruthenium-106, Barium-140 und Lanthan-140 waren mengenmäßig in einer Liste von etwa 15 nachgewiesenen Spaltprodukten am stärksten vertreten. Die aus radiökologischer Sicht bedeutsamen Isotope Strontium-90 und Plutonium-239 konnten und können bei uns nicht gemessen werden. Aus Meßdaten der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Neuherberg bei München läßt sich aber abschätzen, daß Strontium-90 glücklicherweise nur etwa ein Prozent der Menge an Cäsium-137 ausmacht, und daß die Aktivität von Plutonium-239 wiederum nur etwa 0,2 Promille der Aktivität von Strontium-90 beträgt.

In der Empfehlung der Strahlenschutzkommission (SSK) beim Bundesministerium vom selben Tag hiess es: „Aus Gründen der Vorsorge sollte dennoch jede mit einfachen Mitteln vermeidbare Strahlenexposition durch geeignete und praktikable Maßnahmen vermieden werden.“ Dieser Leitsatz der SSK schien auch

uns vernünftig. Wir haben uns bei all unseren Aktivitäten und Empfehlungen bis heute streng an ihn gehalten. Für Freitag, den 2.5.1986 bedeutete dies: unverzügliche Weitergabe der Meldaten nach Hannover mit der Bitte, geeignete Empfehlungen an die Bevölkerung herauszugeben, Warnung der Bevölkerung in und um Oldenburg herum durch Information der Presse (NWZ, NDR, Radio Bremen). Die Reaktion der von uns Angesprochenen war überwiegend positiv. Nur das Ministerium für Bundesangelegenheiten in Hannover sah zunächst keine Veranlassung, die Bevölkerung zu informieren bzw. Empfehlungen auszusprechen. Oldenburger NWZ-Zeitungslerner konnten miterleben, wie sich die Landesregierung viel zu spät nach und nach wenigstens einige der Empfehlungen zu eigen machte, die wir bereits am 2.5.1986 ausgesprochen hatten. Hieß es am 5.5.1986 noch aus Hannover, für Unruhe gebe es keinen Anlaß, konnte man an den folgenden Tagen dies lesen: 6.5.1986: Empfehlung, Milchkühe nicht auf die Weiden zu treiben, Kinder nicht auf Grünflächen oder im Sandkasten spielen lassen, Frischgemüse waschen. 7.5.1986: Frischgemüse nicht verzehren. - In nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Fernschreiben aus Hannover hieß es darüber hinaus: 6.5.1986: kein Regenwasser im Unterglasgartenbau benutzen. 7.5.1986: dringende Empfehlung, keine Schafsmilch zu trinken.

Auch in den Tagen nach dem 2.5.1986 haben wir unsere Meßdaten laufend nach Hannover übermittelt. Dies war wegen überlasteter Telefonleitungen auf dem Weg nach Hannover nicht immer ganz einfach. So mußten wir uns beispielsweise am 4.5.1986 der Hilfe eines Oldenburger Journalisten bedienen, der über Polizei-Sonderleitungen für uns einen Kontakt zum Ministerium herstellte. Es wurde deshalb vereinbart, daß das Ministerium ab dem 5.5.1986 die Meßdaten bei uns abfragt, was zu un-

Meldeten bei uns auftaucht, was zu einem seriemößen Bedauern allerdings nur bis etwa Mitte Mai in sehr unregelmäßigen Abständen geschah. Deshalb ist es mehr als unverständlich, wenn die Minister Hasselmann und Remmers uns öffentlich vorwerfen, wir seien der Auseinandersetzung mit Hannover ausgewichen oder hätten gar Einladungen nach Hannover abgelehnt. Offensichtlich hofften die Politiker, mit der Verbreitung dieser und anderer Unwahrheiten die überaus mangelhafte Informationspolitik in den vergangenen Wochen nachträglich legitimieren zu können.

Bei der Übermittlung unserer Daten nach Hannover erfuhren wir auch je-

weils die Daten anderer Meßstellen. Sie zeigten neben kleineren regionalen Unterschieden im Vergleich zu unseren Daten keine nennenswerten Abweichungen. Es hat daher auch nur einen einzigen - vergeblichen - Versuch gegeben, unsere Ergebnisse öffentlich in Frage zu stellen: Der Pressesprecher der Stadt Oldenburg meldete laut NWZ vom 6.5.1986 Zweifel an unseren Werten an und behauptete, es sei ein Brief an uns unterwegs, in dem um Aufklärung gebeten werde. Der Brief ist bis heute nicht angekommen und die Stadt mußte ihre Behauptung bereits am nächsten Tag zurücknehmen.

Interessant ist, welche Daten beim Krisenstab in Hannover, der sich öffentlich „Arbeitsgruppe“ nannte (denn offiziell gab es ja keine Krise), zusammenliefen. Neben dem Landesamt für Immissions- und Strahlenschutz, der einzigen landeseigenen Meßstelle, waren die Betreiber der Kernkraftwerke in Stade, Esenshamm, Lingen und Grohnde mit den Messungen beauftragt worden. Laut Auskunft der Bezirksregierung Weser-Ems gab es in ihrem Zuständigkeitsbereich, in dem z.B. die Kernkraftwerke bei Lingen und Esenshamm liegen, nicht eine einzige behördeneigene Meßstelle, die Luft-, Wasser-, Boden- und Lebensmittelproben hinsichtlich Radioaktivität hätte untersuchen können. Das heißt im Klartext, daß bei einem Störfall mit Radioaktivitätsabgabe in einem dieser Kernkraftwerke auf die Meßdaten der Betreiber selbst angewiesen ist. Der Zwischenfall am Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop von Anfang Mai machte aber zum wiederholten Mal eindrucksvoll deutlich, wie es um die Informationsbereitschaft bestellt ist. Wurde beim Austausch der *Meßdaten* mit Hannover noch breite Übereinstimmung erzielt, so klappten die Ansichten über *Verhaltensempfehlungen* für die Bevölkerung, die man aus diesen Daten ableiten müßte, weit auseinander.

Wir mußten uns also darum bemühen, selbst die Öffentlichkeit zu informieren und mit Empfehlungen zu versorgen. Glücklicherweise gab es inzwischen gute Kontakte zur Presse (Zeitungen der Nordwest-Region, dpa, NDR, Radio Bremen etc.), von der wir in der Regel große Unterstützung erhielten. Darüber hinaus organisierten wir einen Telefondienst, teils mit Anrufbeantwortern, teils mit individueller Beratung, um den vielen Tausend Bürgern, die uns inzwischen anriefen, Beratung und Hilfestellung zu geben. Den „Durchbruch“ auf diesem Gebiet erreichten wir am 6.5.1986, als uns die Ober-

postdirektion Bremen für Oldenburg und das Oldenburger Umland die Postansage-Nummer 1166 bzw. 01166 zur Verfügung stellte. Dies geschah übrigens, nachdem die Post sich in Hannover versichert hatte, daß man dort kein Interesse an dieser Nummer hatte. Interesse zeigte Hannover erst am 15.5.1986, als die Landesregierung ohne Rücksprache mit uns die Nummer okkupierte. Waren bis zu diesem Tag über 33.000 Bürger von uns umfassend informiert worden, so mußten sie sich nun eher verharmlosende Texte anhören, in denen Cäsium zunächst überhaupt kein Thema war. Und auch diese Information fiel am 25.5.1986 der für offensichtlich noch wichtiger gehaltenen Fußball-Weltmeisterschaft zum Opfer.

12.5.1986 und in etwa 60 jeweils sehr gut besuchten Veranstaltungen außerhalb der Universität die Bevölkerung informierten. In Oldenburg, Nordenham, Brake, Wilhelmshaven, Aurich, Leer, Emden und vielen anderen Orten wurden immer wieder die gleichen Fragen gestellt: Wie hoch ist das Risiko für Schwangerschaftsabbrüche? Wie stark ist die

und Kleinkinder? Wie stark ist die Belastung in den Nahrungsmitteln und im Garten, und wie wird sie in Zukunft sein? Wie kann ich mich am besten schützen? Ist ein Unfall dieses Ausmaßes auch in Esenshamm möglich? Kann man sofort aus der Kernenergie aussteigen? - Wir meinen ja. Bei all diesen Veranstaltungen haben wir festgestellt, daß es durchaus möglich ist, mit vertretbarem Aufwand an Zeit und Geduld auch Laien über die Folgen radioaktiver Belastungen soweit aufzuklären, daß sie in die Lage versetzt werden, selber Risiken beurteilen zu können. Und genau das war unser Ziel. Wir wollten gerade nicht uns als die Experten darstellen, die auf jede Frage die nicht nur passende, sondern auch richtige Antwort bereithielten. Vielmehr sollten die Betroffenen - und wer war nicht betroffen -, auch erkennen, daß die Experten auf dem Gebiet der Strahlenwirkung sich alles andere als einig

waren (und sind), daß ihre Zahlengaben oft um das 10-, 100- oder gar 1000-fache voneinander abweichen. Hier stellt sich die Frage, warum nicht die Regierungen und Behörden selber es übernommen haben, die Bevölkerung umfassend aufzuklären. Ihre mangelnde Informationspolitik war es gerade, die die Menschen in Angst, Unsicherheit und teilweise sogar Panik versetzt hat. Wie sollte man auch Vertrauen haben in Regie-

rungen, die heute sagen „alles unbeklich, keine Gefahr“ und morgen dringend vor dem Verzehr bestimmter Nahrungsmittel abraten? Und die just an dem Tag in einer großen Zeitungsanzeige wieder uneingeschränktes Freizeitverhalten verordneten, als an einem Oldenburger Badesee eine Belastung von nahezu 200.000 Bq (!) pro Quadratmeter festgestellt wurde? Für das Verhalten der Regierungen gibt es eigentlich nur einen Grund, Offensichtlich wollte man mit allen Mitteln verhindern, daß die Diskussion um die Kernenergie in der Bundesrepublik neu entbrennt. Erreicht wurde das Gegenteil. Nicht zuletzt wegen der großen persönlichen Betroffenheit des Einzelnen, hervorgerufen durch einen Super-GAU in einem Kernkraftwerk in mehr als 1.500 km Entfernung, sind mehr Bürger auf die Gefahren der Kernenergie aufmerksam geworden. Selbst für den kurzfristigen Ausstieg erscheint eine Mehrheit denkbar. Auf die vorhandenen, praktikablen und auch finanziierbaren Möglichkeiten eines Ausstiegs aus der Kernenergie soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Zu dieser Frage wird der Fachbereich Physik in absehbarer Zeit ein Informationsblatt herausgeben.

Natürlich darf die Veröffentlichung von Meßdaten und Verhaltensempfehlungen in einer solchen Situation nicht alles sein, natürlich muß darauf hingewiesen werden, daß nicht nur die militärische, sondern auch die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie Risiken in sich birgt, die nicht zu verantworten ist. Und natürlich muß alles getan werden, damit sich diese Einsicht in einem entsprechenden politischen Willen umsetzt. Aber: die radioaktive Belastung unserer Umwelt durch den Tschernobyl-Unfall hatte ein Ausmaß angenommen, daß es aus Gründen der Vorsorge im Sinne einer Strahlenminimierung zunächst einmal nötig war, Meßergebnisse umfassend und uneingeschränkt jedermann zugänglich zu machen. In diesem Sinne hat die Radioaktivitätsmeßstelle des Fachbereichs Physik in den vergangenen Wochen gehandelt.

Abschließend möchte ich dem Präsidenten der Universität Oldenburg, Dr. Zilleßen, dafür danken, daß er unsere Aktivitäten sowohl inhaltlich, als auch durch Bereitstellung von Mitteln von Beginn an unterstützt hat. Gegenüber den verleumderischen Angriffen der oben genannten Politiker hätte ich persönlich mir allerdings deutlichere Worte zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht.

Geisteswissenschaften haben Anspruch auf angemessene Unterbringung

Eine rasche Bereitstellung der Mittel für den Umbau der „Alt-Gebäude“ (AVZ, VG und ehemalige PH-Gebäude) hat der Präsident der Universität von der Landesregierung gefordert. Es sei nicht länger zu verantworten, daß in der Universität Räume mit mehr als 9.000 qm Fläche nicht genutzt werden könnten, auf der anderen Seite aber hohe Kosten für die Anmietung privater Gebäude gezahlt werden müßten. Gleichzeitig betonte Zilleßen, daß nach langen Jahren provisorischer Regelung endlich auch die Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Anspruch darauf hätten, angemessen untergebracht zu werden.

Nach Fertigstellung der naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechloy und dem Auszug der Verwaltung aus dem ehemaligen PH-Gebäude sind für die Geisteswissenschaften Flächen frei geworden, die allerdings erst nach einem Umbau

genutzt werden können. Dafür stehen nach dem Hochschulrahmenplan lediglich 4,8 Millionen Mark zur Verfügung. Eine neuerliche Kalkulation des Staatshochbaumes hat aber tatsächlich ergeben, daß die Kosten 13,8 Millionen Mark betragen werden.

Zilleßen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß mit dem Umbau begonnen werden könnte, wenn das Land garantiere, daß die fehlenden neun Millionen Mark auch tatsächlich zur Verfügung stünden. Dies dürfe schon deshalb kein Problem sein, weil der jährliche Mietaufwand für die von der Universität in Anspruch genommenen Privatgebäude höher liege, als der Zinsbedarf für die Kreditfinanzierung der gesamten Umbaukosten, denn das Land trage tatsächlich nur 50 Prozent davon. Den Rest übernehme der Bund.

Nachdrücklich betonte der Präsident, daß die bisher viel zu geringe Veranschlagung der Ummautmittel im Hochschulrahmenplan nicht von der Universität zu vertreten sei. Bereits 1982 habe sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, das einen Finanzierungsbedarf von mehr als acht Millionen Mark ermittelt habe. Dennoch habe die Landesregierung den Kostenansatz in ihrer mittelfristigen Finanzplanung nicht erhöht, obwohl das zugrunde liegende Umbauprogramm nach strenger Prüfung von ihr genehmigt worden sei.

EG fördert Forschung über neue Energie

Die EG-Kommission hat angekündigt, noch in diesem Jahr 400 Millionen Mark für ein Forschungsprogramm im Bereich der „Neuen und erneuerbaren Energiequellen“, nicht nukleare Energie zur Verfügung zu stellen. Das Programm sieht Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auf den Gebieten Sonnenenergie, Energetische Nutzung von Biomasse und Abfällen, Erdwärme, Windenergie, Wasserkraft mit geringer Leistung und auf dem Gebiet der Meeressenergie vor.

Weitere Informationen können bei der Arbeitsstelle Dialog, Tel. 798-2913, angefordert werden.

Forderung zurückgewiesen

Das Konzil wies auf seiner letzten Sitzung mehrheitlich die Forderung nach Entfernung des Namenszuges „Carl-von-Ossietzky-Universität“ zurück und bekräftigte den Willen, bald erneut in die Diskussion um die Namensgebung einzutreten.

Das Konzil reagierte damit auf eine Initiative des CDU-Ratscherrn Gerd Bitter, der den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann-Tönjes Cassens, aufgerufen hatte, den Namenszug entfernen und durch „Universität Oldenburg“ ersetzen zu lassen.

Klausuren im Sommer

Das Wissenschaftliche Landesprüfungsamt für Lehrämter, Außenstelle Oldenburg, teilt für die Prüfungskandidaten der Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB), die im Sommersemester 1986 ihre Prüfung ablegen wollen, die Termine mit: Arbeiten unter Aufsicht werden am Donnerstag, 14. August, 7.45 Uhr, und am Donnerstag, 4. September, 7.45 Uhr, jeweils in den Hörsälen B und F geschrieben. Wegen der bevorstehenden Semesterferien und dem damit verbundenen Urlaub der Hochschullehrer bittet das Landesprüfungsamt die Studentinnen und Studenten, sich schon jetzt mit den Hochschullehrern wegen der Themenstellung in Verbindung zu setzen. Kandidaten, die aus Gründen, die sie selbst zu vertreten haben, nicht erscheinen, haben diesen Prüfungsteil nicht bestanden.

Mehr Mobilität

Nach einer Mitteilung von Professor Dr. Werner Münch (MdEP), Lohne, hat das Europäische Parlament das „Erasmus“-Aktionsprogramm der EG-Kommission zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten in der EG positiv aufgenommen. Das Programm wurde in der Mai-Sitzung des Parlaments behandelt. Es hat zum Ziel, daß 1992 mindestens zehn Prozent der Studierenden die Möglichkeit erhalten, einen Teil ihres Studiums in einem anderen Land als dem eigenen in der Europäischen Gemeinschaft zu absolvieren. Nach Angaben des CDU-Politikers liegt der Anteil zur Zeit lediglich bei einem Prozent. Münch stellte das Programm als hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion der Christdemokraten (EVP) in Straßburg vor.

Fernstudienzentrum

Interessenten, die ein Fernstudium mit Beginn des Wintersemesters 1986/87 aufnehmen möchten, müssen sich bis zum 15. Juli an der Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen einschreiben.

Einschreibunterlagen geben das Fernstudienzentrum der Universität Oldenburg (Tel.: 0441-7984416) und die Beratungsstelle Fernstudium an der Fachhochschule Ostfriesland in Emden (Tel.: 04921-6090) aus und bieten ebenfalls eine Studienberatung an.

Dokumentation zu Berufsverboten

Unter dem Titel „Eine Universität wehrt sich“ ist jetzt im Verlag des Bibliotheks- und Informationssystems ein Buch erschienen, das mit 60 Dokumenten die Aktivitäten der Universität gegen berufliche Diskriminierung aus politischen Gründen belegt. Aktuell und exemplarisch geht es um die Berufsverbotsverfahren gegen Dr. Heike Fleßner (FB 1) und Helga Wilhelm (Dez. 3). Die Dokumente reichen von den Beschlüssen des Konzils und anderer Gremien über Stellungnahmen der Gewerkschaften und Solidaritätsklärungen aus dem Kollegenkreis zu

Immaterielles Kapital

Helmut Sontag* über den Bibliothekartag

In der Woche nach Pfingsten ist traditionell der „Deutsche Bibliothekartag“ als Ziel der Bibliothekare aus den wissenschaftlichen Bibliotheken angesetzt. Trier war im Jahr 1985 Ort des Geschehens, jubiläumsgleich zum 75. Mal, mit hoher Teilnehmerzahl, ausgezeichneten Veranstaltungen und exzellentem Wetter. Würde Oldenburg in der Nachfolge daran heranreichen können? Etwas abgelegen im Norden, umständlich zu erreichen und ohne hohen Tourismuswert hatten es die Ausrichter - das BIS der Universität und die Landesbibliothek Oldenburg - nach allen Erwartungen schwer. Aber sie zeigten überraschend viel Biß. Eine kaum denkbare Zahl an Fortbildungssüchtigen überströmte die Stadt. Bis nach Delmenhorst schwuppte die Woge der Unterkunftssuchenden, über 1.400 Angemeldete an der Zahl, darunter über 50 Ausländer, wurden registriert. Besonders die Österreicher taten sich hervor.

Um es vorweg zu sagen. Diese Tagung war gelungen und konnte sich im Vergleich zu Vorgängern gleichwertig behaupten. In ihrer räumlichen Einbettung gefiel sie mir sogar seit Jahren am besten. Überall dem (!) Grünen nahe, erweckten Standort und Raumgestaltung der Universität in ihrem modernen Gewand den Neid mancher Kollegen aus Betonburgen und Steinwüsten. An die vielen Fahrradfahrer mußte man sich gewöhnen. Ins Programm war Fahrradfahren erstmals eingezogen. Man konnte nicht nur Oldenburg im Sattel erfahren.

Fest im Sattel saß die Mannschaft, die geräuschlos für den Außenstehen perfekt organisierte. Neben dem Fahrradfahren hatte man sich noch andere Premieren ausgedacht, so z.B. daß die zahlreichen Aussteller ein eigenes Programm neben dem offiziellen gestalteten oder die Weltpremiere des Films „Martha“ von Faßbinder. Bei der „Swinging Library“ war der Tanz in der Bibliothek sicher nicht neu, wohl aber, daß die letzten Gäste erst nach 3 Uhr am Morgen von dannen zogen. Übrigens, weder die lange Nacht noch das schöne Wetter ließen die Teilnahme an den Veranstaltungen erkennbar schrumpfen. Sie waren durchweg gut besucht und mit diskussionsfreudigem Publikum ausgestattet. Bibliothekare schätzten offensichtlich die vielen Informationsmöglichkeiten und nehmen ihre Fortbildung ernst. Liegt es vielleicht daran, daß sie zum weit überwiegenden Teil alles selbst bezahlen müssen?

Der erste Tag war gefüllt mit Arbeitssitzungen der Kommissionen, die zu einem großen Teil auch öffentlich tagten, um die Kollegen über ihre Arbeit zu informieren und in die Diskussion von Problemen einzubringen. Schon hier wurde der Bezug der beiden veranstaltenden Vereine, des Vereins Deutscher

Bibliothekare (VDB = Wissenschaftlicher Dienst) und des Vereins der Diplombibliothekare an Wissenschaftlichen Bibliotheken (VdDB) zur Sacharbeit wie im gesamten Programm deutlich. Standespolitische Fragen spielten eine untergeordnete Rolle.

Die von Mittwoch- bis Freitagnachmittag in bis zu vier Parallelveranstaltungen gehaltenen Vorträge beschäftigten sich in Themenkreisen mit Fragen der Informationsvermittlung, der Erwerbung und Benutzung, wobei internationale Aspekte einen bedeutenden Anteil hatten. Besondere Aufmerksamkeit gilt in nächster Zeit dem Schutz der (historischen) Buchbestände, die sowohl durch starke Benutzung als auch durch Alterung und Zerfall (saure Papiere) bedroht sind. Sacherschließung - hier insbesondere die Regeln für den Schlagwortkatalog -, die Katalogisierung und die Übernahme von Fremdelementen, Verbundsysteme, Mikrocomputer für Bibliotheksanwendung, die Einbeziehung audiovisueller Medien - hier ist u.a. das BIS Oldenburg führend -, optisches Publizieren sowie Gedanken zu einer europäischen Bibliothek und Schwerpunkte internationaler Bibliotheksarbeit, aber auch das Buchwesen der oldenburgischen und ostfriesischen Region und vieles andere mehr war Gegenstand der Erörterung.

Keiner konnte alles verfolgen. Das anspruchsvolle Programm verschaffte den Teilnehmern am Ende das Gefühl, arg strapaziert worden zu sein. Es schien, als würde ein Preis für die Teilnahme an möglichst vielen Veranstaltungen verliehen, so rege war das Interesse. Mittelpunkt aber blieb der architektonisch wie technisch glückliche Bau der Universitätsbibliothek, der mit seiner halbgeschossigen Anordnung, dem Lichtschacht, als individueller Raumindruck wohl von allen studiert wurde. Auch hier eine Überraschung, ein ungewohntes Bild: Rauchen und Essen wird in der Bibliothek erlaubt. Die Universität hält es damit an anderen Orten strenger.

Der Universität gilt für ihre Gastfreundschaft der größte Dank. Natürlich auch den vielen Helfern, die sicher durch die Ausrichtung des Bibliothekartages arg strapaziert wurden. Gewiß, auch die Stadt trug dankenswert zum Gelingen bei, aber die Universität mußte viele Unbequemlichkeiten hinnehmen und manche Bedrängung erleiden, um dem 76. Deutschen Bibliothekartag zum Erfolg zu verhelfen. Unvergängliche Tage der Gäste in Oldenburg sind zwar kein materieller Ausgleich, doch ihre positive Erinnerung ein immaterielles Kapital. Gern würde man zurückkehren.

* Helmut Sontag ist Vorsitzender des Deutschen Bibliothekarverbandes e.V. und Direktor der Bibliothek der TU Berlin

Jahrestagung Massenspektrometrie

Die Arbeitsgruppe Massenspektrometrie der Gesellschaft Deutscher Chemiker und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft hält ihre Jahrestagung 1987 an der Universität Oldenburg in den Gebäuden der Naturwissenschaften in Wechloy ab. Die Tagung, zu der 200 Chemiker und Physiker aus der Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland erwartet werden, wird vom 10. bis 12. Juni nächsten Jahres stattfinden. Weitere Auskünfte erteilt Dr. Jürgen Metzger vom Fachbereich 9 „Chemie“.

Lehrerausbildung vertiefen

Für eine „innere Neugestaltung“ der Lehrerstudiengänge hat sich der Niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz ausgesprochen. Wie Oschatz in Hannover ausführte, wünscht er für Studenten, die Lehrer werden möchten, ein inhaltlich und methodisch vertieftes Grundstudium einzelner Fächer und eine darauf aufbauende Spezialisierung, die verschiedene Studienabschlüsse offenlässt. Mit einer solchen Studienreform könnten Lehramtsstudenten nach Ansicht von Oschatz schon im Studium Qualifikationen erwerben, die ihren späteren Einsatz auch in anderen Berufen als denen des Lehrers ermöglichen. Oschatz stellte zugleich fest, daß die Niedersächsische Landesregierung an ihrer Politik festhalten werde, jedes Jahr rund 1.000 junge Lehrer neu einzustellen. Auf absehbare Zeit bleiben dennoch die Einstellungschancen für Lehramtsstudenten insgesamt wenig hoffnungsvoll, solange die Zahl der Schüler in Niedersachsen weiter zurückgeht.

Ossietzky-Tage '86

„Beiträge von Kunst und Musik zur Faschismusbewältigung“ ist das Thema der Ossietzky-Tage '86 vom 24. bis 28. November d.J. in der Universität Oldenburg. Das Programm wurde von Wissenschaftlern des Fachbereichs 2 zusammengestellt. Neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Problematik im Rahmen eines Symposiums sollen mehrere Kulturveranstaltungen stattfinden. Dabei erwarten die Besucher ein Filmergebnis von besonderer Brisanz. Das achtstündige Werk „Hitler - ein Film aus Deutschland“ von Hans-Jürgen Syberberg - im Ausland hochgelobt, in Deutschland heftig kritisiert und nur selten gezeigt - wird im „Casablanca“ vorgeführt und dann in der Universität unter Beteiligung des Regisseurs diskutiert. Das Programm im einzelnen (Änderungen vorbehaltlich):

Montag, 24. November 1986: 20.00, BIS-Vortragssaal: Eröffnung der Ausstellung mit Ton-Dia-Show „Aber erst Gräber/Schaffen Heimat“ - Zur Rekonstruktion der Geschichte des Bremer Altmannsdamms - Eröffnung: Gustav Gisiger

Dienstag, 25. November 1986: 20.00, Casablanca: Hitler - Ein Film aus Deutschland von Hans-

Jürgen Syberberg, Teil 1 und 2

Mittwoch, 26. November 1986:

20.00, Casablanca: Hitler - Ein Film aus Deutschland von Hans-Jürgen Syberberg, Teil 3 und 4

Donnerstag, 27. November 1986:

9.00-13.00, 14.00-18.00, Casablanca: Hitler - Ein Film aus Deutschland von Hans-Jürgen Syberberg, Teil 1 bis 4

20.00, BIS-Vortragssaal: Hamburg-Denkmal (Opfer des NS-Regimes). Vorstellung des Projektes durch den Künstler Jochen Gerz

Freitag, 28. November 1986:

9.30, BIS-Vortragssaal: Symposium „Beiträge von Kunst und Musik zur Faschismusbewältigung“ mit Prof. Dr. Jutta Held (Osnabrück)

Dr. Herbert Molderings (Köln)

Dr. Hanns-Werner Heister (Berlin)

Dr. Thomas Jahn (Frankfurt)

15.30, BIS-Vortragssaal: Podiumsdiskussion über „Hitler - ein Film aus Deutschland“ mit Dr. Hans-Jürgen Syberberg (München), Prof. Dr. Bazon Brock (Wuppertal)

Prof. Dr. Jörn Rüsén (Bochum), Prof. Dr. Thomas Ziehe (Hannover), Leitung: Prof. Dr. Detlef Hoffmann (Oldenburg)

20.00, BIS-Vortragssaal: Musikveranstaltung mit dem Duo Heiner Goebbels/Alfred Harth

Leserbriefe**Leserbriefe****Leserbriefe****„Besser als ihr Ruf?“**

Leserbriefe zum Kommentar im uni-info (5/86) zum Deutschen Bibliothekartag '86 in Oldenburg

Ich verstehe diese Frage zwar nicht als „Provokation“, stelle jedoch fest, daß die Bibliothek nicht besser als ihr Ruf ist. Wie über die Leistungsfähigkeit eines Betriebsausfluges entscheidet, so sagt der Bibliothekstag und seine Aura nichts über die Leistungsfähigkeit der Bibliothek aus. Im Gegenteil: Dem großen Ereignis haben wir es zu verdanken, daß sich manche Fristen noch verlängert haben: Fernleihen etwa, die sich vor dem Treffen immer höher stapelten. Daß unter Studierenden und Wissenschaftlern sowie Wissenschaftlerinnen Tips ausgetauscht werden, wie man trotz der Bibliothekssituation in Oldenburg lernen und forschen kann - wobei man inzwischen Reisen bis mindestens nach Bremen in meinem Fach als selbstverständlich ansieht. Falls jedoch das SchneckenTempo der Einarbeitung in die Systematik sich beschleunigt, falls der Bücherkau abnehmen sollte, hoffe ich, daß auch das Ansehen der Bibliothek zunimmt.

Ich bin überhaupt nicht bereit, das „Selbstbewußtsein“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „anzuknacken“. Tatsache ist jedoch, daß die Belegschaft zunimmt, alle Hoffnungen auf die Landesbibliothek zu konzentrieren. Inzwischen höre ich auch Erwagungen, ob dies nicht auch zu neuen finanziellen Dispositionen führen könnte, etwa daß die Universität sich an dem Ausbau der Geisteswissenschaften in der Landesbibliothek beteiligt. Mittel verlagert, durch Versetzungen gar dazu beiträgt, die Öffnungszeiten der Landesbibliothek zu verlängern.

Ich würde von diesem Gerede nicht berichten, wenn im uni-info nicht die Frage gestellt worden wäre, ob die Bibliothek nicht besser als ihr Ruf ist.

Prof. Dr. Detlef Hoffmann
Dekan, FB 2

*

Der Bibliothekstag brachte es an den (Bibliotheksall-)Tag: Die Bibliothek ist besser als ihr Ruf, ihr Ansehen „zumindest nach außen hin stark gestiegen“ und das wird den Mitarbeiterinnen nun sicher „Balsam auf“

das mitunter angeknackste Selbstbewußtsein sein“ und auch die Motivation fördern - „auch wenn es zuweilen Schwierigkeiten mit der Bibliothekslösung geben soll“. Soweit zum Inhalt des genannten Artikels. Als Mitarbeiter/innen der geschilderten Bibliothek möchten wir darauf folgendes erwidern:

Zweifellos war der Bibliothekstag ein Erfolg und zweifellos war dies nur möglich durch die Arbeit fähiger Mitarbeiter/innen, die es fertigbrachten, diese Bibliothek trotz permanenter ‘innerer’ Schwierigkeiten nach ‘außen’ hin so positiv zu präsentieren und zu repräsentieren. Bleibt nur die Frage, wie man ‘außen’ definieren will: Versteht man darunter den Kreis in- und ausländischer Fachkollegen/innen und Firmen, so mag das Ansehen der Bibliothek wohl stark gestiegen sein. Bezieht man in diese Definition aber z.B. die eigenen Benutzer mit ein, die erst ganz kurz vorher über das Stattfinden des Bibliothekartages informiert wurden und erhebliche Serviceeinschränkungen in Kauf nehmen mußten - es waren z.B. in der Ortsleih keine Vorbestellungen möglich - sieht das Bild schon nicht mehr ganz so schön aus. Oder zählen ‘ganz normale’, keiner besonderen Statusgruppe angehörende Benutzer so wenig, daß man sie in eine solche Definition gar nicht einbeziehen muß?

Was nun das angebliche Balsam für Selbstbewußtsein und Motivation der Mitarbeiter/innen angelt, möchten wir darauf hinweisen, daß Bibliothekartag nicht gleichzusetzen ist mit Bibliotheksalltag. Natürlich freuen wir uns über das Gelingen des Bibliothekartages und wissen, was wir dazu beigetragen haben, aber bei unseren ‘alltäglichen’, durch die Arbeitssituation im BIS verursachten Problemen und den nicht eben seltenen ‘Schwierigkeiten’ mit der Bibliothekslösung wird uns das kaum weiterhelfen, auch wenn diese Bibliothek zuweilen besser als ihr Ruf sein soll.

Elke Behrens und 30 weitere Unterschriften

Leserinbrief

Bezugnehmend auf den Artikel im uni-info vom 6. Mai 1986 „ASTA gewählt - Klage gescheitert“ möchte ich einige ergänzende und berichtigende Anmerkungen machen:

Ihr schreibt, daß mit Eva-Maria Kohlmann nach längerer Pause wieder

die eine Frau an der Spitze der Studentenvertretung stehe. Rein formal ist diese Aussage richtig. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, daß es vom 24.4.1985 bis zum 13.9.1985 einen ASTA-Sprecher, eine (stellvertretende) ASTA-Sprecherin und einen (stellvertretenden) ASTA-Sprecher gab, die zumindest mit dem Anspruch antraten, gleichberechtigt nebeneinander zu stehen. (Am 13.9.85 trat die ASTA-Sprecherin zurück). Mal abgesehen davon, daß ich persönlich den Ausdruck „an der Spitze der Student-innen-Vertretung“ sowohl für unangemessen, falsch und von meinem basisdemokratischen Anspruch her auch für ablehnenswert halte, ist es mir trotzdem wichtig, darauf hinzuweisen, daß es vor nicht allzu langer Zeit (zumindest eine stellvertretende) ASTA-Sprecherin gab (wenn allerdings auch nur eine viel zu kurze Zeit).

Weiter schreibt Ihr, daß die neun Referate des ASTA’s auch von den autonomen Frauen personell ausgestattet werden.

Die autonome Frauenliste „DONNA WETTER“ beteiligt sich weder personell noch sonstwie am ASTA, die können Ihr also nicht meinen. Das selbstbestimmte Frauen- und Lesbenreferat jedoch ist zumindest von meinem Verständnis her nicht direkt zum ASTA dazuzählen. Es besteht im übrigen aus einer MSB-Frau, einer SHB-Frau, einer Frau der autonomen Frauenliste „DONNA WETTER“ und einer autonomen Frau, die überhaupt keiner Liste oder Organisation angehört.

Zum letzten Punkt: Kein Mitglied der „TALKING HEADS“ ist an der Arbeit des zukünftigen ASTA’s beteiligt. Stattdessen haben die „TALKING HEADS“ die OSZ (Oldenburger Student-innen-Zeitung) zu neuem Leben erweckt, um die wissenschaftskritische Arbeit der Student-innen-schaft an der Carl-von-Ossietzky-Universität zu fördern. Diese Zeitung wird zwar laut VV-Beschluß vom 5.7.1979 vom ASTA finanziert und darüber hinaus durch Arbeitsaufträge mit entsprechender Aufwandsentschädigung unterstützt, aber schon aus der Tradition der OSZ heraus (vgl. dazu die Diskussionen um den zitierten VV-Beschluß) ist diese als inhaltlich und personell unabhängig vom ASTA anzusehen. Für die Zukunft wünsche ich mir nun ordentlichere und präzisere Artikel im uni-info!

Ruth Ingeborg Rieß

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800



**HIER
ist Platz
für Ihre Anzeige!**

Die Buchhandlung in der Universität:

**Carl von
Ossietzky Buchhandlung**

Haus-Durchwahl: (798) 4506
Stadtteil: Bergst. 1 + Kurwickstr. 14/15

Kopien
Vergrößerungen
Verkleinerungen
Folienkopien
Einbinden

Schnelldruck
ab Auflagen von
20 Stück pro Vorlage
und vieles mehr
beim



Squash

In beiden Oldenburger
Squash-Anlagen
von 10.00 - 17.00 Uhr
und ab 21.00 Uhr

Studententarif

45 Minuten Squash incl. Sauna
pro Person

DM 6,- Kreyenstraße 41
Telefon 36882

DM 8,- im Nados
Nadorster Straße 56
Telefon 81010

WOHNBOUQUETE



Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf
dem Weg durch Ihr
Studium

*

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden
Sie die für Sie notwendigen
Bücher in großer Auswahl

*

B&G
seit 1871
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRITS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Littmann druck Offsetdruck · Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

Personalien

Dietmar Malwitz promovierte im Fachbereich 9 „Chemie“ zum Thema „Thermisch induzierte Reduktionen von Carbonylverbindungen zu Alkoholen“

Johannes Miegлиз promovierte im Fachbereich 9 „Chemie“ zum Thema „Redaktionskinetische Studien zur Pyrolyse von biogenen Schlammten“. Michael Oelting promovierte im Fachbereich Chemie zum Thema „Synthesen und Reaktionen neuer Di- und Trihydride von Alditolen“.

Ulrich Teske promovierte im FB 2 mit dem Thema „Die Bedeutung manueller Druckgraphik in der Hand des Schülers“.

Habilitation

Dr. Meinhard Tebben, Fachbereich 2, Fachgebiet Kunstpädagogik, habilitierte mit dem Vortrag „Lebensgeschichtlicher wirksamer Unterricht in der Hauptschule am Beispiel Fotografie“.

Als wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt wurden:

Holger Brux, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittelforschungsprojekt „Potamogetonaceae“ (Prof. Dr. Wiegbleb)

Rainer Busch, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Drittmittelforschungsprojekt „Kirkendalleffekt“ (Prof. Dr. Rutherford)

Christiane Paul, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsvorhaben „Bioakkumulation II“ (Dr. Butte)

Claudia Schmidke, wissenschaftliche Mitarbeiterin (ABM) im ZWW mit dem Aufgabenbereich „Vorbereitungs- und Begleitkurse für ältere Erwachsene“

Rolf Schnieders, wissenschaftlicher Mitarbeiter (ABM) im ZWW
Haas-Joachim Schulz, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittelforschungsprojekt „Auswirkungen technischer Informatisierung auf die Machtstrukturen im Betrieb“ (Prof. Dr. Orthmann).

Helmut Wagner als Angestellter (ABM) in der ZETWA

Im Dienstleistungsbereich eingestellt wurden:

Werner Corde als Mitarbeiter (ABM) im Dezernat 4

Rolf Düvell als Mitarbeiter (ABM) in der ZETWA